

Herrn Bürgermeister Christoph Tesche  
CDU-Fraktion, Frau Marina Hajjar  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Holger Freitag  
FDP-Fraktion, Herrn Udo Schmidt

07.03.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,  
sehr geehrte Frau Hajjar, sehr geehrter Herr Freitag, sehr geehrter Herr Schmidt,

derzeit erleben wir in Nordsyrien eine humanitäre Katastrophe. Das brutale Vorgehen der verschiedenen Konfliktparteien im syrischen Krieg, unterstützt durch ausländische Mächte, zwingt erneut viele Menschen zur Flucht. Gleichzeitig eskaliert die Situation im Grenzgebiet zwischen Griechenland und der Türkei.

Geflüchtete verzweifelte Menschen, die sich derzeit im „Niemandland“ zwischen beiden Staaten befinden, werden von Polizeieinheiten aus beiden Ländern daran gehindert, die jeweilige Staatsgrenze zu überschreiten. Die Menschen, unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder, sitzen fest und die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten findet nur unzureichend statt. Dramatisch ist darüber hinaus auch die Situation in den Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln wie Lesbos.

Uns ist bewusst, dass die Europäische Union für die Kontrolle der Grenzübertritte und für geordnete Verfahren zur Aufnahme von geflüchteten Menschen zuständig ist. Hierbei dürfen Staaten wie Griechenland oder Italien, wo geflüchtete Menschen als erstes ankommen, nicht allein gelassen werden. Die Europäische Union muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und eine Verteilung von Kontingenten Geflüchteter in aufnahmebereite Länder ermöglichen. Es gibt bereits eine „Koalition der Willigen“, so dass ein Programm mit einigen Mitgliedstaaten beginnen kann. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Bereitschaft der Länder, die geflüchtete Menschen aufnehmen, sich in der Zuteilung der EU-Haushaltsmittel abbildet. Die Verweigerung von Solidarität darf nicht von der Europäischen Union belohnt werden.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die zwar späte, aber dennoch wichtige Aussage von Bundesinnenminister Seehofer, dass Deutschland unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufnehmen will, und er hierzu auch Gespräche mit seinen europäischen Amtskolleginnen und -kollegen führt. Aufgrund des Elends ist aber eine schnelle Lösung dringend erforderlich.

Erfreulicherweise haben sich bereits einige Städte in Deutschland zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bereit erklärt. Deshalb bitten wir Sie, Herr Bürgermeister, mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung und in Gesprächen mit Wohlfahrtsverbänden, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, zu klären, in welchem Umfang auch die Stadt Recklinghausen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen kann.

An die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP appellieren wir, sich ebenfalls für eine Aufnahme, Betreuung und Versorgung von minderjährigen Geflüchteten in unserer Stadt auszusprechen, damit Recklinghausen einen humanitären Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Situation liefern kann.

Mit freundlichen Grüßen

**Frank Cerny**  
Vorsitzender der  
SPD-Ratsfraktion

**Andreas Becker MdL**  
Vorsitzender des  
SPD-Stadtverbandes

**Erich Burmeister**  
Vorsitzender der  
Ratsfraktion Die Linke